



SEW für Frieden, Arbeit, Demokratie und Fortschritt

Von Margot Granowski,

Mitglied des Büros des Parteivorstandes der SEW

Der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, der vom 15. bis 17. Mai 1987 stattfand, analysierte, wie es die Kommunisten in unserer Stadt in den letzten Jahren verstanden haben, auf der Grundlage der Programatischen Plattform „Die SEW und die Anforderungen der 80er Jahre“, den Masseneinfluß zu erweitern, die Entwicklung der Aktionseinheit zu festigen und in breite demokratische Bündnisse den Beitrag der SEW für eine gesicherte Zukunft Westberlins einzubringen. Unter der Losung „Mit der SEW für Frieden, Arbeit, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt“ gab dieser Parteitag den Kommunisten Westberlins das geistige Rüstzeug und praktisches Instrumentarium, um in dieser Zeit tiefgreifender Veränderungen sowohl international als auch im Leben unserer Stadt zu bestehen. „Denn“, so wurde im Bericht des Parteivorstandes, den der Vorsitzende der Partei, Genosse Horst Schmitt, erstattete, hervorgehoben, „in schnell-

er Folge stellen sich uns Kommunisten anspruchsvolle Aufgaben.“

Ziel des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins war es, folgende Hauptfragen in den Mittelpunkt zu stellen und zu beantworten:

- Welchen Beitrag können und müssen die Kommunisten Westberlins für die Sicherung des Friedens in der Welt leisten?
- Wie muß der Kampf für die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des Menschen, für soziale Sicherheit, gegen Demokratieabbau, gegen die undemokratische Mietenpolitik des Senats und der großen Wohnungsbaugesellschaften in unserer Stadt unterschiedener geführt werden?
- Gedanken der SEW für ein neues Selbstverständnis Westberlins und seine gesicherte Zukunft in der sich wandelnden Welt, die uns gerade angesichts des 750jährigen Jubiläums notwendig erscheinen.

und ein friedliches Zeitalter eröffnet wird, in dem die Völker ihr Leben bei gleicher Sicherheit entsprechend den Interessen des gesellschaftlichen Fortschritts gestalten können. Es wurde unterstrichen, daß gerade die Westberliner Kommunisten an der Trennlinie der beiden Gesellschaftssysteme, an einem sensiblen, weltpolitisch bedeutsamen Ort, eine hohe Verantwortung tragen und ihre Kräfte verstärken müssen, um noch mehr und vor allem breitere Bevölkerungskreise und Schichten in den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens einzubeziehen.

Daraus leitete der Parteitag ab, sich zur Einbeziehung parlamentarischer Kräfte in den Friedenskampf an das Abgeordnetenhaus mit dem Vorschlag zu wenden, eine Friedensinitiative zu beschließen, die den Senat und den Regierenden Bürgermeister auf eine entsprechende Politik verpflichtet. Es muß endlich Schluß mit der vom CDU/FDP-Senat praktizierten Haltung sein, die in der strikten Weigerung besteht, sich zu den Fragen der Abrüstung und der Erreichung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen in Mitteleuropa zu äußern. Es ist absurd, wenn der Senat in Verkenntung seiner Verantwortung für die Sicherheit der Bewohner Westberlins auf die fiktive Zuständigkeit der BRD-Regierung für die Lösung dieser Fragen verweist. Westberlin sollte dem Städtebündnis Hiroshima und Nagasaki beitreten

Friedensappell an die breite Öffentlichkeit gerichtet

In der Welt von heute haben sich gewaltige Veränderungen vollzogen. Aber trotz aller Kompliziertheit ist die reale Chance vorhanden, daß Europa und die Welt bis zum Jahr 2000 atomwaffenfrei werden. Zunehmend gibt es Hoffnung, daß die entstandene neue Lage weiteren Ansporn im Kampf um Entspannung und Abrüstung gibt. Die zahlreichen Initiativen der Sowjetunion, der Deutschen

Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Länder haben viel in Gang gesetzt, was bis in Regierungen der NATO-Länder hinein wirkt. Jene Kräfte gewinnen zunehmend an politischem Einfluß, die darauf orientieren, daß durch radikale Abrüstung auch auf konventionellem Gebiet die Weltkriege ganz aus dem Dasein der Menschheit zu verbannen sind